



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

ZUMELDUNG

8. August 2017

Wissenschaftsministerin Bauer zur heutigen Vorstellung der Handlungsfelder des Technologiebeauftragten der Landesregierung, Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Bauer:

Ministerin Bauer: „Steuerliche Forschungsförderung muss im nächsten Koalitionsvertrag stehen“

„Wir müssen den Innovationsstandort Baden-Württemberg und seine Spitzenposition im Ländervergleich sichern und weiterentwickeln. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Land haben erneut ein Rekordniveau erreicht - über ein Viertel der deutschlandweiten Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung finden in Baden-Württemberg statt. Das ist ein Etappensieg, aber wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Die vor uns liegenden Aufgaben bekommen wir als Gesellschaft nur mit mehr Innovation - und das bedeutet: mehr Forschung und Entwicklung - in den Griff. Das gilt für den Bereich der Mobilität wie für viele andere.“

Ministerin Bauer begrüßt diesbezüglich die heute bekräftigte Forderung des Technologiebeauftragten der Landesregierung nach der vom Land seit Jahren geforderten steuerlichen Forschungsförderung: „Die steuerliche Forschungsförderung gehört zwingend in jeden neuen Koalitionsvertrag auf Bundesebene.“

Das Land unterstützt die FuE-Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die das Rückgrat der aktuellen Zahlen ausmacht, neben der Bereitstellung von Mitteln insbesondere mit neuen Formaten, wie dem Innovationscampus Cyber Valley.

Weitere Informationen

Baden-Württemberg stemmt mit Bayern und Hessen gut die Hälfte der gesamten FuE-Investitionen in Deutschland. Die FuE-Intensität erhöhte sich nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamts durch die Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung gegenüber 2013 um rund 0,2 Prozentpunkte auf 4,9 % und erreicht damit einen internationalen Spitzenwert. Diese internationale Kenngröße übersteigt in Baden-Württemberg damit deutlich das von der Europäischen Union anvisierte Ziel von drei Prozent.